

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 2

Artikel: Kampf gegen die Armut - oder gegen die Armen?
Autor: Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144497>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kampf gegen die Armut – oder gegen die Armen?

In Zeiten der Sparpolitik stehen die sozialstaatlichen Systeme unter zunehmendem Kostendruck. Gleichzeitig wachsen die gesellschaftlichen Widersprüche: So lebt heute weit mehr als jede zehnte Person in der Schweiz in Armut. Eine politische Strategie zur Bekämpfung des materiellen Mangels fehlt weitgehend. Der Eindruck verstärkt sich, dass statt der Armut die Armen selbst an den Pranger gestellt werden sollen. Kurt Seifert präsentiert zwei bemerkenswerte Publikationen von Caritas Schweiz und plädiert auf diesem Hintergrund dafür, neoliberalen Thesen zu misstrauen – beispielsweise jener, die Lösung aller sozialen Probleme sei in der «Eigenverantwortung» der Einzelnen zu finden.

Red.

850 000 Menschen sind betroffen

Das 19. Jahrhundert liegt wieder voll im Trend: «Leben wie zu Gotthelfs Zeiten» gehörte letzten Sommer und jetzt noch einmal im Winter zu den «Highlights» des Schweizer Fernsehens. *Christoph Blocher* lässt sich für ein Interview im *Tages-Anzeiger* vom 22. Dezember 2004, in dem er Bilanz über sein erstes Jahr im Bundesrat zieht und Sozialabbau-Visionen verbreitet, vor Ferdinand Hodlers Bild «Der Holzfäller» fotografieren. Zwei zufällig ausgewählte Momentaufnahmen zur Befindlichkeit unseres Landes, die mir symptomatisch erscheinen: Man möchte sich seiner eigenen Geschichte versichern und steht dabei in Gefahr, die Probleme der Postmoderne mit den Mitteln der aufkommenden industriellen Gesellschaft kurieren zu wollen.

Ein Beispiel dafür ist der *Umgang mit der Armut*. Rund 850 000 Menschen leben hierzulande in Armut. Diese Zahl nannte der *Sozialalmanach 2004* von Caritas Schweiz. Sie wurde in der öffentlichen Debatte in Frage gestellt. Caritas-Direktor *Jürg Krummenacher* schreibt dazu im Vorwort der neusten Ausgabe des Jahrbuchs: «Keine Statistik der Schweiz kann eine präzise Zahl zum Ausmass der Armut nennen. Dennoch ist die Zahl ... nicht zu hoch gegriffen, sondern beruht auf wohl begründeten Annahmen.»¹ Die 2004 erschienene Studie von *Robin Tillmann* und *Monica Budowski* «*La pauvreté en Suisse*» hat die Daten der noch jungen Schweizer Haushaltstatistik ausgewertet und kommt zum Ergebnis, dass im Untersuchungszeitraum der Jahre 1999 und 2000 zehn Prozent der Gesamtbevölkerung mindestens einmal mit Armut konfrontiert waren. 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung lebten in lang dauernder Armut.²

Die «feinen Unterschiede» spielen wieder eine Rolle

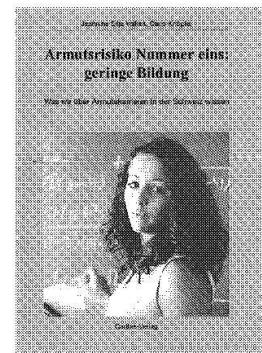
Die Zahlen deuten darauf hin, dass Ar-

mut eine biographische Episode bleiben kann (beispielsweise beim Übergang vom Jugend- zum Erwachsenenleben). Vielfach ist sie aber auch ein *Zustand*, dem man kaum mehr zu entkommen vermag und der sich schliesslich auf die nächste Generation «vererbt». So genannte *Armutskarrieren* werden seit den siebziger Jahren in den USA und seit den Achtziger Jahren auch im deutschen Sprachraum untersucht. Einen Überblick zur lebenslauforientierten Armutsforschung vermittelt die von *Jeannine Silja Volken* und *Carlo Knöpfel* verfasste und letztes Jahr im Caritas-Verlag veröffentlichte Studie «*Armutsrisko Nummer eins: geringe Bildung*». Sie kommt – wie dies bereits der Titel andeutet – zum Schluss, «dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Armutgefährdung besteht». Das Risiko, in Armut zu geraten, verstärkt sich, «wenn das niedrige Einkommen, das in der Regel mit einem tiefen Ausbildungsniveau gekoppelt ist, durch lebensgeschichtlich bedingte Ereignisse wie Geburt, Tod, Scheidung, Krankheit oder durch Arbeitslosigkeit zusätzlich belastet wird. Ist das Bildungsniveau hoch, fallen diese Art von Ereignissen sowohl finanziell wie psychisch weniger ins Gewicht und können leichter überwunden werden.»³

Die Auflösung traditioneller Sozialmilieus und die als «Individualisierung» bezeichnete Freisetzung der Menschen in die «*Multioptionsgesellschaft*» (ein Begriff des in St. Gallen lehrenden Soziologen Peter Gross) ändert nicht grundsätzlich die *soziale Schichtung* der Gesellschaft und die *hierarchische Positionierung* der Individuen. Mehr Wahlmöglichkeiten zu besitzen öffnet aber insbesondere den Besitzern und Besitzerinnen einer «höheren» Bildung neue Handlungsräume. Wer allerdings nicht über das entsprechende «kulturelle Kapital» (Bourdieu) verfügt und deshalb auch weniger gut in der Lage ist, eine angemessene Wahl zu treffen, hat gemäss

vorherrschendem Verständnis seine missliche Situation höchstwahrscheinlich *selbst verschuldet*.

Eine solche Wahrnehmungsweise blendet vielerlei aus – zunächst einmal die simple Tatsache, dass selbst ein *qualifizierter Bildungsabschluss* heute nicht mehr den entsprechenden Zugang in die Arbeitswelt garantiert. Eine möglichst hochwertige Ausbildung ist *notwendig*, um angesichts knapper werdender Lohnarbeit überhaupt konkurrenzfähig zu bleiben, aber längst *nicht mehr hinreichend*, um eine angemessene berufliche Stellung besetzen zu können. Es genügt nicht, fachlich gut zu sein. Man muss auch in der Lage sein, sich selbst ins rechte Licht zu rücken und zu «verkaufen». Dabei kommt es dann wieder auf die «feinen Unterschiede» der Herkunft an, um eine materialreiche Untersuchung des französischen Soziologen *Pierre Bourdieu* zu zitieren.⁴ Im Gewand der Postmoderne scheint so die *ständisch-frühkapitalistische Gesellschaft* ein Revival zu erleben.



Glaubensbekenntnis eines Aufsteigers

In seiner Bilanzmedienkonferenz vom Dezember 2004 in Biel rühmte sich *Bundesrat Blocher*, zu einer Entkrampfung der politischen Mentalität in der Schweiz beigetragen zu haben. Es werde heute «direkter über Probleme gesprochen». Als Beispiel nannte er den von ihm und seiner Partei im Wahlkampf 2003 initiierten Begriff der «*Scheininvaliden*», der «über die Parteigrenzen hinweg und in der Öffentlichkeit verwendet» werde, «um ein Problem zu beschreiben, das tatsächlich existiert». Blocher fügte mit Wohlgefallen hinzu: Die Wirklichkeit sei «stärker als die Verdrängungsprozesse seitens der Mainstream-Presse und der political correctness». (Alle Zitate stammen aus dem offiziellen Redemanuskript.)

Was meint wohl einer wie Christoph Blocher, wenn er von «Wirklichkeit»

Jeannine Silja Volken, Carlo Knöpfel: *Armutsrisko Nummer eins: geringe Bildung. Was wir über Armutskarrieren in der Schweiz wissen*. Caritas-Verlag, Luzern 2004, 124 Seiten, Fr. 18.00

spricht? Als *Parvenü*, der es weit gebracht hat, unterstellt er jenen, die weniger Erfolg haben, an kritischen Lebensereignissen scheitern und deshalb auf die Unterstützung von Solidarsystemen angewiesen sind, sie würden «Missbrauch» betreiben und sich auf Kosten von Tüchtigen wie seinesgleichen ein erträgliches Leben gestalten. An die Stelle von öffentlichen Leistungen soll die «Selbstverantwortung» treten – so lautet sein neoliberales Credo. Wer nicht in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, läuft Gefahr, sozial ausgegrenzt zu werden – jene einmal ausgenommen, die «unverschuldet» in Not kommen.

Wie sich andere – Blochers Weltbild durchaus nahe stehende – *neoliberale Wirtschaftsführer* einen ihnen genehmen Staat vorstellen, machten sie vor zehn Jahren in einem Weissbuch namens «*Mut zum Aufbruch*» überdeutlich.⁵ Ein Mitarbeiter der Neuen Zürcher Zeitung (der allerdings nicht deren Wirtschaftsredaktion angehörte), schrieb damals: Empörend sei das im Weissbuch vermittelte Menschen- und Gesellschaftsbild, das schlecht in unsere heutige Zeit passe. Die Autoren hinterliessen nämlich «den Eindruck, als schwebte ihnen eine Sozialpolitik nach dem System patriarchaler Fabrikbesitzer vor, die gewiss für ihre Arbeitnehmer sorgen, wenn sie in Not geraten sind, dies indessen aber als soziale Wohltat betrachten».⁶

Die falsche Frage nach der «Schuld»

Das erwähnte patriarchale System erinnert an die Verhältnisse des vorletzten Jahrhunderts. Damals war es üblich, zwischen «würdigen» und «unwürdigen» Armen zu unterscheiden.⁷ Jene, die von Schicksalsschlägen getroffen wurden, konnten auf eine bescheidene Hilfe zählen – die anderen, die an familiären und gesellschaftlichen Verhältnissen zerbrachen und deshalb verarmten, wurden ausgestossen. Die Debatte um den «Missbrauch» der Systeme sozialer Sicherheit bezieht sich – offen oder unausgespro-

chen – auf eine solche Unterscheidung. Wer beispielsweise aus psychischen Gründen nicht mehr arbeitsfähig ist bzw. den Anschluss an die Arbeitswelt verpasst hat, gilt in dieser Diktion als «scheininvalid», weil unterstellt wird, der oder die Betroffene habe sich zu wenig bemüht, sein bzw. ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.

Eine um die Kategorie der «Schuld» kreisende Debatte verkennt, dass der Sozialstaat aus guten Gründen darauf verzichten sollte, jene zu stigmatisieren, die auf Leistungen der sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind. *Matthias Wächter*, Geschäftsleiter der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Sozialpolitik (sas), hat diesen Gedanken am Beispiel der *Krankenversicherung* näher ausgeführt: Indem sie sich weigere, im komplexen Wechselspiel von biologischen Faktoren, individuellem Verhalten, Umwelteinflüssen und sozialen Bedingungen Schuldzuweisungen vorzunehmen, anerkenne die Krankenversicherung die enge Verknüpfung dieser Faktoren und ermögliche so die *Solidarität* zwischen Kranken und Gesunden.⁸ Auch andere durch das System der sozialen Sicherheit gewährleistete Solidaritäten beruhen darauf, dass sie nicht nach persönlicher «Schuld» fragen. Dies schliesst selbstverständlich nicht aus, dass beispielsweise ein betrügerisches Erschleichen von Versicherungsleistungen geahndet wird.

Der Nachweis eines angeblich massenhaften «Missbrauchs» von Sozialleistungen soll dazu beitragen, den *Abbau des Sozialstaats* zu legitimieren. Dabei gilt die Regel, dass steter Tropfen den Stein schliesslich auszuhöhlen vermag. Dieser stete Tropfen ist die neolibrale Propaganda, die viele Foren findet – seien es die *Wirtschaftsseiten der nzz* oder theoretische Vorlagen von «*Avenir Suisse*». Politische Transmissionsriemen in *SVP* und *FDP* sorgen dafür, dass neoliberales Gedankengut in alle gesellschaftlichen Kreise vordringt. Auch traditionell «so-

zial» gesinnte Kräfte können ihm kaum widerstehen, erweisen neoliberalen Denkmustern zumindest ihre Referenz.

Reicht es nicht für alle?

Ein Beispiel dafür ist die jüngste Auseinandersetzung um die Revision der von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe herausgegebenen Empfehlungen und *Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe* (SKOS-Richtlinien). Angesichts wachsender Fallzahlen und sprunghaft zunehmender Ausgaben war und ist der Druck seitens Kantonen und Gemeinden gross, das Leistungsniveau abzusenken. Im Vorfeld des Vernehmlassungsverfahrens hatten *Walter Schmid*, Präsident der SKOS, und *Michael Hohn*, Chef des Sozialamts der Stadt Bern, davor gewarnt, den Konsens zu zerstören, den die SKOS-Richtlinien heute darstellen. Ohne solche Richtlinien bestehe «die Gefahr, dass unter dem Kostendruck und der Einengung des Blickwinkels auf eine reine Missbrauchs- optik ein Wettbewerb der niederen Standards eingeleitet würde»⁹.

Der Preis für die Aufrechterhaltung des Konsenses besteht nun allerdings darin, dass der *monatliche Grundbedarf* von 1030 auf 960 Franken abgesenkt wird. Stattdessen erhalten Integrationswillige – im Sinne einer «aktivierenden Sozialhilfe» – eine Integrationszulage von 100 Franken im Monat. Für diese bleibt die Revision eine Nulllösung, und die «Unwilligen» werden künftig weniger Geld zur Verfügung haben. Viel grundsätzlicher stellt sich allerdings die Frage, wie ernst gemeint die Formel vom «*Fördern und Fordern*» sein soll. Wenn nämlich die Anstrengungen der Betroffenen, sich beruflich und sozial zu integrieren, unter der Prämisse finanzpolitischer Entscheide nicht angemessen honoriert werden können, bleibt nur noch das Fordern übrig. Und das lautet dann, an die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe gerichtet: Streckt euch nach der Decke, die die angespann-

ten öffentlichen Haushalte euch noch lassen!

Trotz einer schier unendlichen Warenfülle, die der Kapitalismus hervorbringt, und trotz des wachsenden Reichtums einer Minderheit darf offenbar nicht in Frage gestellt werden, dass die öffentlichen Aufgaben, das Gemeinwesen, unter einem permanenten Ressourcenmangel zu leiden haben. Weil es scheinbar nicht mehr für alle reicht, sollen die Menschen am Rande der Gesellschaft ihre Bedürfnisse möglichst gering halten. Warum sprechen wir angesichts dieses Widerspruchs nicht deutlicher davon, dass auch den *Reichen Grenzen gesetzt* werden müssen, damit für alle «ein Leben in Fülle» (Johannes 10,10) möglich wird? ●

¹ Caritas Schweiz (Hg.): Sozialalmanach 2005. Schwerpunkt: Einsamkeit, Luzern 2004, S. 9.

² Die Ergebnisse werden zitiert gemäss Jeannine Silja Volken und Carlo Knöpfel: Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung. Was wir über Armutskarrieren in der Schweiz wissen, Luzern 2004, S. 49.

³ Ebd., S. 76 f.

⁴ Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1987.

⁵ David de Pury, Heinz Hauser, Beat Schmid (Hg.): Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995.

⁶ th.: Der Sozialstaat und die «wirklich Bedürftigen». Über falsche Bilder und Wörter, nzz 16.4.1996, S. 13.

⁷ Siehe dazu beispielsweise Heidi Witzig: Einsamkeitserfahrungen von armen Kindern, Frauen und Männern im 19. Jahrhundert, in: Sozialalmanach 2005, S. 89–99.

⁸ Matthias Wächter: Sozialpolitische Eckpfeiler wichtiger Reformen des Gesundheitswesens, internes Arbeitspapier vom Juni 2003.

⁹ Michael Hohn, Walter Schmid: Der Bedarf für eine bescheidene, menschenwürdige Existenz. Die Richtlinien, nach denen sich die Sozialhilfe richtet, nzz 16.6.2004, S. 15.